transparent

Fakten • Analysen • Meinungen

DpL Demokraten pro Liechtenstein

Ausgabe 1/2019 www.dpl.li

Editorial

Transparenz ist gelebte Demokratie

Werte Einwohner/innen Liechtensteins. Mit unserer Publikation mit dem Titel «transparent» werden wir Demokraten pro Liechtenstein (DpL) Sie zukünftig mehrmals im Jahr über das politische Geschehen in Liechtenstein sowie unsere politischen Aktivitäten und Positionen informieren. Wie der Titel unseres Mediums aussagt, wollen wir für mehr Transparenz sorgen, Dinge hinterfragen und Sie transparent informieren. Gerne nehmen wir auch Anregungen für Themen aus der Bevölkerung entgegen. Als unabhängige politische Gruppierung scheuen wir uns nicht, Dinge beim Namen zu nennen und auf Sachverhalte hinzuweisen. • **DpL-Vorstand**

Schwärzen ist Transparenzverweigerung: Aurelia Frick

Konto um 40% überzogen

Aussenministerin inszeniert ein Sommertheater

Aussenministerin Aurelia Frick inszenierte nach der Juni-Landtagssitzung den ersten Akt eines veritablen Sommertheaters, dessen Genre noch nicht klar einzuordnen ist. Eine Komödie ist es auf jeden Fall nicht, geht es doch um das Überziehen des Kontos für «Experten Gutachten Öffentlichkeitsarbeit» um nicht weniger als 40%. Frick zierte sich zuerst, die Detailangaben herauszurücken, und schwärzte sogar ein paar Stellen, um Transparenz zu verhindern. Was sich daraus entwickelt, bleibt abzuwarten. Es deutet sich jedoch bereits an, dass die beiden Regierungsparteien die Sache am liebsten unter den Teppich kehren würden. Regierungschef Adrian Hasler hat sich bereits dahingehend geäussert, dass das Geschehene für einen Misstrauensantrag nicht ausreiche. Die DpL begrüsst den anberaumten Sonderlandtag und setzt sich für vollständige Transparenz ein. • **Lesen Sie Seite 4 und 8**

Das Wild beisst uns die Schutzwälder kaputt und fordert die Politik zum Handeln. Seite 5

INHALT transparent

1 Editorial /// Anriss: Sommertheater

2 Tunnelsanierung Steg: Nachhaken im Herbst vonnöten /// Bio-Landwirtschaft ohne staatlichen Eingriff

3 Gasversorgung: Zielkonflikt verstrickt Regierung in Widersprüche /// Radio L bewegt sich in Grauzone

4 Sommertheater mit Aurelia Frick bringt spannende «Unterhaltung»

5 Schutzwald in Gefahr – Lösungen gegen zu wenig Waldverjüngung

6 Casinos zwischen Gut und Böse

7 Knaller bei Telecom /// Prämienverbilligung

8 Kommentar /// Wussten Sie? /// Jenseits der Normalspur

Tunnelsanierung Steg: Grob formulierte Petition von Xaver Jehle

Von Herbert Elkuch

Petitionen sind Bittschriften, die jeder Bürger dem Landtag übergeben kann. Xaver Jehle stellte fest, dass verschiedene sicherheitsrelevante Einrichtungen im Tunnel nicht eingebaut wurden. Mit seiner Petition machte er den Landtag darauf aufmerksam. Im Landtag kam es zu einer sachlichen Diskussion, die vor allem durch die Abgeordneten der Neuen Fraktion (NF) der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) geprägt wurde. Im Vorfeld der Landtagssitzung wollte ich verschiedene Unterlagen zur Tunnelsanierung von der Regierung erhalten. Diese weigerte sich dann allerdings, irgendwelche Unterlagen herauszurücken. Glücklicherweise war der Petitionär Xaver Jehle im Besitze des 115-seitigen Berichtes der Gruner AG, welche im Auftrag des Amtes für Bau und Infrastruktur eine Beurteilung der Tunnelsicherheit ausgearbeitet hat. Der Gruner-Bericht beinhaltet die Risikoanalyse, die Risikobewertung und die Massnahmenplanung speziell erstellt für den Tunnel Steg.

Gegenverkehr oder Richtungsverkehr

Der Gruner-Bericht führt an, dass eine sicherheitstechnische Nachrüstung gemäss SIA, Astra und EU-Richtlinien, wegen schwerwiegender Defizite, ein zu hoher Nachrüstungsbedarf erfordert und nicht zielführend ist. Deshalb wurde ein tieferes Sicherheitsniveau, nämlich der kantonale Ausrüstungsstandard von Graubünden, Klassierung A2, herangezogen. Unter diesem Gesichtspunkt waren Varianten mit Gegenverkehr und Richtungsverkehr (Einbahnverkehr) definiert worden. Die Regierung entschied sich für die Variante mit Gegenverkehr, soweit o.k. Jetzt kommt aber das nicht mehr Nachvollziehbare: Sie gab mehrere im Gruner-Bericht aufgelistete sicherheitsrelevante Positionen nicht in Auftrag. Konkret fehlen im frisch sanierten Tunnel:

> Die sicherheitsrelevanten **Empfehlungen** wurden von der Regierung nicht umgesetzt

- zwei Notausgänge zum nur 20 Meter neben dem Tunnel parallel verlaufenden Werkstollen
- der Einbau einer Brandmeldeanlage
- eine auf 40 km/h reduzierte Geschwindigkeit

Ohne diese Massnahmen entspricht die Sicherheit im neu sanierten Tunnel ganz klar nicht den Vorgaben und Empfehlungen der Experten. Die Regierung informierte den Landtag zwar mehrmals über das Vorhaben der Sanierung, aber verschwieg, dass wichtige Sicherheitselemente nicht in Auftrag gegeben wurden. Das erstaunte viele Abgeordnete. Dazu kommt noch, dass der Einbau einer Asphalt- anstatt einer Betonfahrbahn die Brandlast erhöht und die beiden Trottoirs links und rechts mit einem überaus starken Quergefälle versehen wurden. Die Querneigung von Gehsteigen darf gemäss DIN 18024-1 max. 2% betragen. Im Steger-Tunnel sind es jetzt über 7%! Dies könnte zu schweren Personenschäden führen, wenn Fussgänger auf dem sowieso zu schmalen Trottoir den Tunnel durchqueren, auf dem feuchten Trottoir ausrutschen und auf die Fahrbahn fallen. Die Regierung vermochte unsere respektive die von Xaver Jehle vorgebrachten Einwände nicht zu widerlegen. Das Ziel wurde erreicht, die Regierung versprach, die Sache zu prüfen. Für uns heisst dies, dass wir im Herbst nochmals nachhaken werden. Dank Xaver Jehle wurden diese Sicherheitsmängel diskutiert. •

100% Bio-Landwirtschaft: Staatlicher Eingriff unerwünscht

Von Herbert Elkuch

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Produktion nach den Richtlinien der Bio Suisse für sämtliche Landwirtschaftsbetriebe lehnt die Regierung ab. Diese Aussage unterstützten wir voll und ganz. Das wäre nämlich eine drastische Einschränkung der Wahlfreiheit bezüglich der Produktionsmethode und die Einführung einer staatlich verordneten Planwirtschaft mit der Gefahr, dass die Betriebe am Markt vorbeiproduzieren müssen. Gleichzeitig würde die Auswahl an Landwirtschaftsprodukten für die Verbraucher eingeschränkt. Der ökologische Leistungsnachweis (ÖLN) wird von allen Bauern erfüllt. Auch die ÖLN- und IP-Bauern in Liechtenstein handeln ganzheitlich, nachhaltig, tiergerecht und umweltfreundlich mit dem Ziel, für alle erschwingliche, geschmackvolle Lebensmittel zu produzieren unter der Prämisse eines respektvollen Umgangs mit der Natur. Trotz unterschiedlicher Produktionsmethoden sind alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus Liechtenstein von hoher Qualität. Ich plädierte auch für den Erhalt des wichtigsten Gutes für die Bauern und für die zukünftige Generation: Der landwirtschaftlich nutzbare Boden, speziell das Ackerland. Kulturland ist die Voraussetzung für unser Leben. Das Postulat wurde abgeschrieben, das heisst, die Beantwortung durch die Regierung war in Ordnung. Das Fazit: Nein zu 100% Bio, aber weiterhin im bisherigen Rahmen die Förderung einer ökologischen Landwirtschaft. •

> Kulturland ist **Voraussetzung** für unser Leben

Geschäftsbericht der Liechtensteinischen Gasversorgung: Zielkonflikt

Von Herbert Elkuch

Die Versorgung des Landes mit umweltfreundlichem Erdgas wurde von der LGV wie seit Anbeginn auch im Jahr 2018 bestens und ohne Zwischenfall gewährleistet. Bei jeder Verbrennung entsteht CO2, auch bei Erdgas. CO2 ist in Verruf geraten, es soll der Auslöser der kommenden Warmzeit sein. Aufgrund dessen sollen fossile Brennstoffe zum Schutz des Klimas, aber auch zur Schonung der Ressourcen dieser Erde zurückgefahren werden. Die liechtensteinische Gasversorgung, indirekt der Staat Liechtenstein, verkauft 41% aller in Liechtenstein verbrauchten fossilen Energieträger.

Zielkonflikt: Mehr Erdgas, mehr CO2

Bezüglich der LGV haben wir grundsätzlich hinterfragt, wie sich die von der LGV realisierten neuen Gasanschlüsse mit der von der Regierung verfolgten Energiestrategie vertragen. Letztes Jahr wurden 86 neue Netzanschlüsse erstellt. Schliesslich hat sich Liechtenstein (Kyoto-Protokoll) verpflichtet, bis 2020 den CO2-Ausstoss gegenüber 1990 um 20% zu reduzieren. Rechtlich bindend (Pariser Klimaabkommen) soll der CO2-Ausstoss bis 2030 um 40% geringer als 1990 sein. Bis 2050 sollen wir gar CO2-neutral sein. Das bedeutet, bis 2050 sind die Erdgasleitungen ausser Betrieb zu nehmen.

Von fossilen Brennstoffen wegkommen

Wie kann man laufend neue Gasanschlüsse zulassen, wenn es erklärtes Ziel ist, von den fossilen Brennstoffen loszukommen? Das ist ein Widerspruch in sich. Leider war vom zuständigen Wirtschaftsminister Daniel Risch bezüglich dieses Widerspruchs keine klare Antwort zu bekommen: Gas sei besser als Öl. Ja, richtig, aber der Verkauf von neuen Gasanschlüssen durch den Staatsbetrieb LGV und damit CO2-Produktion entspricht trotzdem nicht dem vereinbarten Klimaziel.

> Die ganze Klimapolitik ist unterdessen in **Widersprüche** verstrickt

Medienmitteilung der Regierung:

Das Fürstentum Liechtenstein hat das CO2-Reduktionsziel für 2017 nicht erreicht! Gemäss dem Treibhausgasinventar 2017 betrugen die Treibhausgasemissionen 204 000 Tonnen und lagen damit 8000 Tonnen über dem Vorjahreswert. Das Amt begründet dies mit einem höheren Erdgasverbrauch und Heizölabsatz. Das ist der Beweis, dass die Regierung mit dem Ausbau des Gasnetzes in die falsche Richtung schippert.

Wärmepumpen sinnvoller als E-Fahrzeuge

Werden Gebäudeheizungen anstatt Autos elektrifiziert, braucht es keine umweltschädlichen Batterien. Elektrizität ist für ortsfeste Anlagen für Strombezug direkt aus dem Netz ideal. Gas, Benzin und Diesel ist für die mobilen Einsätze prädestiniert, weil ein Tank als Energiespeicher einfach und billig ist. Es macht wenig Sinn, die Mobilität zu elektrifizieren, welche Batteriespeicher braucht, solange noch viele ortsfeste Anlagen elektrifiziert werden können, die keine Batterien brauchen. Derzeit wird für ortsfeste Anlagen 400’000 MWh und für Fahrzeuge 275’000 MWh fossiler Brennstoff verheizt. Ob diese mit Autos oder Heizungen eingespart werden, ist in der Wirkung gleich. Jedoch ist die Umweltbelastung beim Einsatz von Elektrizität in ortsfesten Anlagen um vieles kleiner gegenüber dem Einsatz in der Mobilität – das ist den teuren und umweltschädlichen Batterien anzulasten. •

Radio L: Keine Entlastung des Verwaltungsrats

Von Erich Hasler

Erstaunliches trägt sich zu: Die Regierung hat dem Verwaltungsrat des Radio L die Entlastung verweigert. Dies, weil gemäss Bericht der Revisionsstelle nicht ausgeschlossen ist, dass ein Teil der vom Landtag genehmigten Investitionsbeiträge in der Vergangenheit nicht zweckkonform verwendet wurden, d.h., dass die Beiträge nicht für Investitionen, sondern für andere Dinge verwendet wurden. In der Juni-Landtagsdebatte kam sodann noch ans Licht, dass Regierungsrat Daniel Risch deswegen auch den Staatsanwalt eingeschaltet hat, will heissen, eine Strafanzeige eingereicht hat.

Nicht nur Unwissenheit und Fahrlässigkeit

Ich für meinen Teil habe bereits früher verschiedene, nicht gesetzeskonforme Aktivitäten von Radio L angeprangert, wie das Nicht-Abführen der Urheberrechtsgebühren und falsche Mehrwertsteuerabrechnungen. Je mehr solche Aktivitäten ans Tageslicht kommen, desto klarer wird, dass die Radio L-Führung, und dabei meine ich insbesondere jene Personen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung, die Radio L bis 2018 geleitet haben, wohl nicht nur aus Unwissenheit oder Fahrlässigkeit so gehandelt haben. Selbst wenn den verantwortlichen Personen am Ende des Tages kein strafrechtlich relevantes Vergehen zur Last gelegt werden kann, gibt es für diese Vorkommnisse klar Verantwortliche, die es zu nennen und zumindest politisch zu sanktionieren gäbe. Die vorhandenen Seilschaften verhindern dieses jedoch in unserem Land, siehe Postdebakel. •

> **Verantwortliche** müssten politisch sanktioniert werden

Fricks Schwärzerei sorgt für Zündstoff

Von Erich Hasler

Das politische Sommertheater im Anschluss an die Juni-Landtagssitzung nahm bei der Diskussion der Landesrechnung seinen Anfang. Zu reden gab das Konto Nr. 012.318.03 mit dem Titel «Experten Gutachten Öffentlichkeitsarbeit». Aussenministerin Aurelia Frick hatte ihr Konto um über 40% überzogen, was die Aufmerksamkeit der Finanzkontrolle und der Geschäftsprüfungskommission (GPK) erregt hatte. Diese hatten daraufhin von der Regierung die entsprechenden Unterlagen verlangt. Aussenministerin Aurelia Frick rückte die Details zu den Rechnungen jedoch erst nach hartnäckigem Insistieren der GPK heraus. Zuvor schwärzte sie jedoch einige Stellen der Detailangaben.

Über CHF 250'000.– für Öffentlichkeitsarbeit

Rechnungen in der Höhe von mehr als einer Viertelmillion Franken gab die Ministerin für «Öffentlichkeitsarbeit», «politische Beratung», «Betreuung Facebook», und «Monitoring» aus. Das lupft wohl manchem Steuerzahler den Hut!

Folgende Firmen waren unter den berücksichtigten Dienstleistern der Aussenministerin:

• Maria Pinardi / CHF 102'900.– / Leistungen: Vorbereitung Öffentlichkeitsarbeit, wobei sie wegen einem vereinbarten Kostendach von CHF 90'000.– alles, was diesen Betrag überstieg, zurückzahlen musste. (Das Ministerium selbst kontrollierte das Kostendach nicht!)

• Kontaktkomponisten GmbH / CHF 56'574.50 / Leistungen: Politische Beratung; Betreuung Facebook; Monitoring; Medienanalyse.

• Financial Architectures AG / CHF 79'620.– / Leistungen: Analyse/Aufbau Compliance Cockpit; Konsultation ÖUSG; IST-Analyse LLM.

• Predicatori Coaching & Kommunikation / CHF 39'000.– / Leistungen: Unterstützung Medienarbeit; analoge Sache wie Pinardi; das Vorgehen der Ministerin war eine glatte Umgehung der Bewilligungspflicht durch die Regierung, da es bei einem Betrag von über CHF 100'000.– einen Regierungsentscheid braucht.

Lukrative Beratermandate

Das Vaterland beleuchtete am 3. Juni 2019 Frau Maria Pinardi, die zuoberst auf der Gehaltsliste der Regierungsrätin steht. Maria Pinardi bietet Persönlichkeits- und Kommunikationsseminare an. Bei Letzteren geht es «primär um den öffentlichen Auftritt». Allerdings scheut sie angeblich selbst den öffentlichen Auftritt. Pinardi ist keine Unbekannte im Land. Sie war unter anderem Verwaltungsrat bei Radio L und bei der Medienhaus AG (von 2009 bis 2015). Auf ihrer aktuellen Referenzliste stehen neben der Landesverwaltung noch weitere staatsnahe Institutionen und Firmen (siehe im Internet unter www.pinardi.ch).

GPK setzt grosses Fragezeichen

Im ersten Halbjahr 2018 verrechnete der frühere und jetzige FBP-Präsident Marcus Vogt allein für «Politische Beratung» pro Monat pauschal CHF 1600.–, zudem CHF 800.– für Facebook-Bereuung und CHF 1333.– für Zeitung lesen. Das macht CHF 3733.– pro Monat. Das lässt aufhorchen. Spätestens hier muss man sich fragen, ob diese Dienstleitungen noch etwas mit der Amtsführung zu tun haben. Politische Beratung und Zeitung lesen für eine Regierungsrätin, die bereits seit mehr als zehn Jahren im Geschäft ist – und dann noch durch den jetzigen FBP-Präsidenten Marcus Vogt? Ein Schelm, der da Böses denkt!

Landeszeitungen thematisieren **Vetterliwirtschaft** nicht weiter

Zu Recht hat die GPK in puncto Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu diversen bezogenen Dienstleistungen ein grosses Fragezeichen gesetzt. Lukrative Beratermandate erhielt auch noch die Firma Financial Architectures der ehemaligen VU-Abgeordneten Doris Beck. Diese sitzt nebenbei noch im Verwaltungsrat mehrerer staatsnahen Betriebe und Institutionen wie LED, LKW und Landesmuseum, und schanzt sich nach Möglichkeit gleich noch selbst Beratermandate zu. Das ist ja erlaubt, wie Regierungsrat Daniel Risch im Juni-Landtag bei der Diskussion des Radio L-Geschäftsberichts erklärte.
Es ist nicht weiter verwunderlich, dass die beiden Landeszeitungen diese offensichtliche Vetterliwirtschaft, die beide Regierungsparteien gleichermassen betreiben, nicht weiter thematisieren wollen. Schliesslich hackt keine Krähe der anderen ein Auge aus! • **Siehe Kommentar auf Seite 8**

5G strahlt Ängste aus

Nach der Westschweiz hat sich auch in der Deutschschweiz eine Front gegen eine 5G-Mobiltechnologie gebildet. In einer Beantwortung einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Günter Vogt sagte Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch: «Inwiefern die Bevölkerung auf den geplanten Einsatz der nächsten Technologie überhaupt sensibilisiert werden muss, gilt es abzuwarten. Die Vergangenheit zeigt, dass es für die Einführung einer neuen Technologie – beginnend bei der ersten digitalen Funktechnologie GX in den 1990er-Jahren, über die Einführung von UMTS bis heute zur Einführung von LTE – im Vorfeld keine Notwendigkeit zur Sensibilisierung gegeben hat.» Man will abwarten, was die Schweiz macht.

Ein 5G-Moratorium wird gefordert

Der Startschuss für eine Vergabe der Mobilfunkfrequenzen soll aber bereits Ende Jahr erfolgen. In der Schweiz laufen die Vorbereitungen der Telekomanbieter für den Aufbau des 5G-Netzes. Das Genfer Parlament hat als erstes Kantonsparlament eine Motion für ein 5G-Moratorium eingereicht. Es wird darin auf die möglichen Gefahren für die Gesundheit für den

Fortsetzung auf Seite 6

Lebensraum Wald: Schutzwald in Gefahr

Von Herbert Elkuch & Thomas Rehak

Der Schutzwald übernimmt für uns Menschen eine sehr wichtige Funktion, indem er die Talsohlen und Berghänge vor Rutschungen, Rüfen, Steinschlägen und Lawinen schützt. Diese Funktionen kann nur ein intakter und gesunder Wald übernehmen. Schon viele Jahrzehnte wissen wir, dass der Schutzwald mehr und mehr seine Funktion verliert, weil sich viel zu wenig natürliche Waldverjüngung einstellen kann und dadurch die Bäume überaltern. Deshalb gehen unsere Schutzwälder in eine Zerfallsphase über, was für unseren Lebensraum katastrophale Folgen haben kann.

Gegen 100 Jahre bis zur Schutzfunktion

Herbert Elkuch hat im Landtag treffend ausgeführt, dass eine Sanierung des Rheindamms, welcher für unseren Lebensraum ebenfalls von zentraler Bedeutung ist, innerhalb weniger Jahre bewerkstelligt werden kann. Der Schutzwald hingegen benötigt zwischen 30 und 100 Jahre, bis er seine Schutzfunktion wiedererlangt. Deshalb muss jetzt gehandelt werden.

Der Landtag hat das Problem erkannt und nimmt es glücklicherweise nicht auf die leichte Schulter. Das zentrale und seit Jahrzehnten ungelöste Problem ist der grosse Einfluss der Schalenwildbestände auf die Verjüngung des Waldes. Das Problem ist akut. In Liechtenstein herrscht seit Jahrzehnten eine Situation, in der deutlich überhöhte Schalenwildbestände einen übermässigen Verbissdruck auf die Waldverjüngung ausüben, so dass sich ernste Verjüngungsdefizite eingestellt haben. In Höhenlagen über 1000 m ü. M. ist die Waldverjüngung auf knapp 90% der Flächen unzureichend. Die Regierung meint: Es sei zwar nicht mit grossflächigen Totalausfällen zu rechnen, aber die Schutzleistung würde sich deutlich vermindern. Es gilt daher, den Wildeinfluss (Verbiss) unterhalb einer Toleranzgrenze zu halten. Die Regierung sagt, dass überhöhte Wildbestände die essenzielle Waldfunktion existenziell gefährden. Ausserdem könne man mit bestimmten Massnahmen andere Massnahmen nicht kompensieren. Übersetzt heisst dies wohl, das eine tun und das andere nicht lassen, sprich, die Schalenwildbestände müssen zusammen und trotz anderen Massnahmen erheblich reduziert werden.

> Ungenügende politische Abstützung und unlösbare **Interessenkonflikte**

> Mit dem heutigen **Jagdsystem** können die Ziele nicht erreicht werden

Daneben sind die räumlichen Verhältnisse nicht unbeschränkt vorhanden und schränken damit die Lebensraum-Aufweitungen ein. Der Versuch, unzureichende Regulierungsergebnisse mit Lebensraum-Aufweitungen zu kompensieren, sei nicht zielführend, heisst es im vorliegenden Bericht. Bisher sind immer alle Bemühungen, die Schalenwildbestände zu reduzieren, gescheitert. Dies aufgrund von nicht lösbaren Interessenkonflikten und ungenügender politischer Abstützung. Deshalb wird wahrscheinlich ein regulatorisches Handeln der Politik erforderlich. Zudem muss auch eine Antwort auf die Frage, wie diese Reduktion überhaupt erreicht werden kann, gefunden werden. Klar dürfte sein, dass mit dem heutigen Jagdsystem die Ziele kaum erreicht werden können.

Wie verhält es sich mit den Wintergattern?

Wintergatter sind Wildgehege, in denen Rotwild zur Vermeidung von übermässigem Wildschaden während der Notzeit mit Winterfütterung gehalten wird. Aufgrund der menschlichen Besiedelung und des Skitourismus kann das Wild nicht mehr den natürlichen, jahreszeitlichen Bedingungen folgend in die Tallagen mit ausreichender Nahrung ziehen. Um im Gebirge nicht zu verhungern, richtet es dort durch Schälen von Baumrinde grosse Schäden an. Mit Beginn des Winters wird durch Fütterung das Wild in das Gatter gelockt. Für die Tiere ist es im Wintergatter angenehmer, sie müssen nicht an Hunger leiden, da ihnen Futter zur Verfügung gestellt wird. Die Wintergatter sind ziemlich gross, pro Tier 2000 bis 10'000 Quadratmeter, siehe folgende Tabelle.

> Grosse **Schäden** durch das Schälen von Baumrinde

Wintergatter	Grösse ha	Wildzahl behör. gen.	Wildichte Stück/ha	Seehöhe m	Grünland	Gatter in Betrieb seit
1	11	44	4	1000–1200	10%	1991
2	15	30	2	900–1100	<5%	in Bau
3	15	60	4	1000–1200	12%	1996
4	20	80	4	1000–1200	15%	1996
5	20	100	5	1350–1400	20%	1981
6	21	80	3,8	1100–1200	15%	1996
7	23,3	70	3	900–1100	30%	1993
8	23,5	85	3,6	1150–1300	<5%	1994
9	39,5	80	2	1400–1700	10%	1995
10	40	40	1	900–1100	9%	in Bau
11	130	200	1,5	800–1400	3% (4 ha)	1990

Brombeerwuchs als Gegenmassnahme

Wintergatter dienen dem Schutz des Waldes, und es ist völlig fehl am Platz, Wintergatter zum Erschiessen des Wildes zu verwenden. Ein erfahrener Jäger meinte, diese Wintergatter bringen nichts, weil im Frühling diese geöffnet werden müssen, und das Wild stürzt sich dann geradewegs auf die zu dieser Zeit frischen Tannentriebe (Latwerge). Er meinte, man sollte im Jungwald Brombeerstauden pflanzen. Plätze mit dichtem Brombeerbewuchs meide das Wild, die Jungpflanzen würden zwischen den Brombeerstauden gut gedeihen. Das würde in Polen mit gutem Erfolg durchgeführt. •

Veranstaltungen

• DpL am 15. August 2019: Unser Stand befindet sich vor dem Parkhaus Marktplatz. Bei uns gibt es Appenzeller-Bier, Pommes-frites, Nuggets, Gulasch. Wir freuen uns auf dich!

• 28. August 2019: 19.00 Uhr öffentliche Fraktionssitzung im Landtagsgebäude. Vorgestellt und diskutiert werden aktuelle Themen des September-Landtags.

Casinos zwischen Goldesel und Schreckgespenst

Von Erich Hasler

Die Meinungen über die aus dem Boden schiessenden Casinos im Lande sind geteilt. Was von den einen als Erfolg gefeiert wird, schliesslich hat der Staat im letzten Jahr rund 19 Millionen Franken an Spielabgaben eingenommen, ist für die anderen das befürchtete Schreckgespenst, nämlich das eines aufkommenden, verruchten Spielparadieses.

Blick in die Vergangenheit

Zunächst ist daran zu erinnern, dass es wohl nie zur vorliegenden Situation gekommen wäre, wenn die Exekutive (Regierung und Landesverwaltung) fähig gewesen wäre, dafür zu sorgen, dass das im ursprünglichen Geldspielgesetz (Inkrafttreten: 1. Januar 2011) vorgesehene Konzessionsverfahren ordentlich durchgeführt wird und nicht versucht hätte, die zu vergebende Konzession von vorneherein einer von zwei antragstellenden Parteien zuzuhalten (Stichwort: Vetterliwirtschaft). Das hat schlussendlich zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs geführt, das durchgeführte Konzessionsverfahren nachträglich zu annullieren. Der Landtag hat dann in der Folge auf Antrag der Regierung beschlossen, von einem Konzessionsverfahren auf ein Polizeibewilligungsverfahren zu wechseln.

> Unfähigkeit führte zur **Annullierung** des durchgeführten Konzessionsverfahrens

Jahrelange Rechtsstreitigkeiten verhindert

Ich selbst habe mich für die Installierung eines Polizeibewilligungsverfahrens ausgesprochen, da ein neuerliches Konzessionsverfahren möglicherweise zum selben Resultat geführt hätte, nämlich zu jahrelangen Rechtsstreitigkeiten, die die Vergabe einer Konzession verhindert oder zumindest lange hinausgezögert hätten.

Spielsüchtige können Sucht überall ausleben

Sicherlich gibt es viele berechtigte Gründe, die gegen Spielcasinos sprechen. Es darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass Spielsüchtige ausreichend viele Möglichkeiten haben, ihrer Sucht nachzuleben, sei es in Casinos im benachbarten Ausland oder mittels heutzutage massenweise im Internet angebotenen Sportwetten und Online-Geldspielen. Letztere sind vielfach überhaupt nicht reguliert und bieten daher ein sehr grosses Missbrauchspotenzial. Demgegenüber unterliegen Casinos strengen Kontrollen und rigorosen Auflagen bezüglich Einhaltung der Geldwäschereirichtlinien.

> Sportwetten und Online-Geldspiele haben ein sehr grosses **Missbrauchspotenzial**

Mittelfristig Spielabgaben erhöhen

In einem politischen Vorstoss im Jahr 2014 habe ich Spielabgaben zwischen 20% und 40% des Umsatzes gefordert. Dies wurde von Regierung und Landtag nicht aufgenommen. Jetzt wäre man froh, hätte man damals höhere Steuersätze eingeführt. Wenn andere dies heute nun kurzfristig fordern, dann wird die staatliche Berechenbarkeit und Rechtssicherheit aufs Spiel gesetzt.

Die grossen Player planen weiter

Heute versuchen die grossen Player auf dem Markt (Casinos Austria und die Casinos Admiral) den Markt für andere zuzumachen respektive die Eintrittsbarrieren hochzuschrauben, indem sie weitere Casinos im Oberland planen. Ob all diese kommen, steht noch in den Sternen. Wenn mittelfristig eine Erhöhung der Spielabgaben in Aussicht gestellt wird, dann werden die Pläne dieser Firmen anders aussehen. •

Fortsetzung von Seite 4

Menschen hingewiesen und eine Umsetzung an die Bedingung geknüpft, dass zuerst unabhängige wissenschaftliche Studien belegen sollen, dass keine Gefahr für Mensch und Tier besteht. Auch in der Ostschweiz mehren sich die Skeptiker. In St. Gallen, im Thurgau, in den beiden Basel und im Kanton Bern wird von Politikern ein Moratorium gefordert.

Bericht über Risiken folgt im Sommer

Der Abschluss der Versteigerungen in der Schweiz und Österreich ist eine Voraussetzung für eine Frequenzaufteilung, dies bestätigte die FL-Regierung anlässlich einer kleinen Anfrage von Eugen Nägele. In Liechtenstein wird erwogen, eine Frequenzvergabe an die drei bestehenden Netzanbieter zu erteilen. Die Regierung hat erwähnt, dass es gegenwärtig nicht absehbar sei, ob und wie viele neuen Antennenstandorte benötigt würden. Liechtenstein hat sich 2009 in einer Volksabstimmung für die Beibehaltung von Grenzwerten analog der Schweiz ausgesprochen. Eine Grenzwertausweitung würde nach einer Gesetzesanpassung rufen.

Bereits diesen Sommer soll in der Schweiz ein Bericht einer noch von Bundesrätin Doris Leuthard eingesetzten Arbeitsgruppe publik werden, der sich mit den Bedürfnissen und Risiken von 5G-Netzen beschäftigt. Nicht nur in der Schweiz regt sich Widerstand. Vielleicht sollten wir auch eigenständige Überlegungen anstellen. Es liegt in der Verantwortung einer Regierung, Strahlungsstandards festzulegen, die den Bürger schützen und ihn nicht der Profite Willen als Versuchskaninchen (miss)brauchen. • **Ulrich Hoch**

IMPRESSUM transparent

Auflage: 21 000 Expl.
Redaktion: Dr. Erich Hasler (Leitung)
Kontakt: Demokraten pro Liechtenstein, Peter-Kaiser-Platz 3, FL-9490 Vaduz, dpl@dpl.li
Gestaltung, Layout, Lektorat: Max Fischer, typoart.ch

Zwei Knaller bei Telecom

Von Thomas Rehak

In der Nacht vom 13. Juni 2019 gab es eine erneute Grossstörung und am Tag darauf zwei Entlassungen in der Geschäftsleitung. Am 13. Juni zwischen 22.30 und 2.30 sind trotz neuem Backbone-Netz diverse Dienste ausgefallen. Im Geschäftsbericht 2018 hat die Telecom die Verfügbarkeit mit 99.999999% prominent dargestellt. Anlässlich der Juni-Landtagssitzung hatte ich an die Adresse der Telecom gesagt, dass ich so eine Verfügbarkeit nie ankündigen würde. Mit solch einer Verfügbarkeit wäre gerade noch ein Ausfall von 31,5 Sekunden in einem Jahr möglich. Ein paar Tage später, am 13. Juni, hat sich gezeigt, dass die angekündigte Verfügbarkeit nicht praxisbezogen und komplett unrealistisch ist.

Ausfälle nie ganz auszuschliessen

Telekommunikationsnetze sind komplex, sie beinhalten eine Vielzahl von Hard- und Softwarekomponenten. Schon aus diesem Zusammenhang dürfen Ausfälle nie ganz ausgeschlossen werden. Darauf hatten wir schon anlässlich unseres Postulates zur Prüfung der Telekommunikationsnetzstrategie in Liechtenstein vom 29. März 2018 ausdrücklich hingewiesen. Leider hat der Landtag dieses Postulat nicht überwiesen. Wir Postulanten wollten die Regierung prüfen lassen, ob es Sinn macht, Provider mit eigener Netz-Infrastruktur zuzulassen. Zudem sollte die Regierung prüfen, ob es Anbieter gibt,

> Wir wollen die **Netz-Infrastrukturen** bis zum Lebensende nutzen

welche das LKW-Koaxialnetz übernehmen und darauf Telekommunikationsdienste anbieten möchten. Schon damals hatten wir festgehalten, dass es keine 100%ige Ausfallsicherheit gibt und nur mit weiteren Telekom-Anbietern mit unabhängiger Netz-Infrastruktur ein Totalausfall vermieden werden kann. Wir wollten auch, dass die vorhandenen parallelen Netz-Infrastrukturen bis zu ihrem endgültigen Lebensende optimal genutzt werden. Damit hätten die Angebotsvielfalt (Wettbewerb) vergrössert und die Ausfallsicherheit verbessert werden können. Selbstverständlich hätten die liechtensteinischen Nutzer davon ebenfalls profitiert, u.a. in Form von tieferen Preisen. All diese auf der Hand liegenden Vorteile für unser Land wollte weder die FBP/VU-Koalition noch die FL.

Ohne Netz ökonomische Nachteile

Betreffend Risikomanagement hält die Telecom auf Seite 39 des Geschäftsberichts fest, dass es ein liechtensteinisches Spezifikum in Europa sei, dass es über keinen integrierten Telekommunikationsanbieter verfüge, der sowohl Netz-Infrastruktur wie auch Dienste aus einer Hand entwickeln könne. Darauf weise ich schon sehr lange hin. Für mich ist klar, was diese etwas verschlüsselte Passage bedeutet: Eine Telekom ohne Netz hat ökonomische Nachteile. Sie kann das Synergiepotenzial nicht voll ausschöpfen und muss Kompromisse bei den Technologien eingehen, welche in erster Linie die Kostenstruktur belasten und in zweiter Linie die Produktepalette beschränken. Sind das gute Rahmenbedingungen für die Telecom? Ich meine nein!

Weiter habe ich im Juni-Landtag festgestellt, dass die Telecom-Geschäftsleitung mit fünf Personen stark überbelegt ist. Der Verwaltungsrat war, wie es scheint, der gleichen Ansicht und hat die Geschäftsleitung nun auf drei Personen reduziert. Ich bezweifle allerdings, ob allein damit die Telecom für die Zukunft gut genug gerüstet ist.

Festnetzkunden praktisch neu gewinnen

Durch die voranschreitende viel zu schnelle Abschaltung der Kupfer- und Koaxnetze muss die Telecom alle bestehenden Festnetzkunden praktisch neu gewinnen. Kein vernünftiges Unternehmen würde so etwas freiwillig machen. Dies ist das Resultat von schnellem und unklugem Handeln der verantwortlichen Akteure. Das Thema Telekommunikation wird uns also auch in Zukunft noch beschäftigen. •

Prämienverbilligung?!

Thema Prämienverbilligung bei Krankenkassen: Mit der Streichung des AHV-Freibetrags von 70% im Jahr 2012 verloren viele AHV-Rentner die Unterstützungsleistungen. Einzelpersonen erhielten im Jahr 2013 2,14 Mio., 2018 nur noch 0,78 Mio. Franken Unterstützungsleistungen. Bei Paarhaushalten ein Rückgang von 1,37 Mio. auf 0,21 Mio. Auch Jüngere, vorab Familien im unteren Lohnsegment, haben oft Mühe, die Krankenkassenprämien für die Frau und die im Studium befindlichen Kinder zu bezahlen. Sind die Kinder 16, gibt es kein Kindergeld mehr. Die Ausgaben werden höher, für Kinder im Studium ist die bisher kostenlose Krankenkasse zu bezahlen. Ausbildungszulagen wie in der Schweiz gibt's nicht.

> Es muss **Anreiz** bestehen, das Einkommen durch Erwerb zu erhöhen

Dem Landtag liegen zwei Gesetzesinitiativen zur Prämienverbilligung vor. Die Neue Fraktion der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) wird sich für eine Entlastung im unteren Einkommensbereich aller Bevölkerungsgruppen einsetzen. Die heutigen groben Abstufungen der Einkommensschwellen für den Anspruch sind feiner oder stetig zu gestalten. Es kann nicht sein, dass mit nur gering höherem Einkommen der Anspruch auf Prämienverbilligung erlöscht. Arbeiten muss sich lohnen. Die Unterstützungen sind derart zu gestalten, dass ein Anreiz besteht, das Einkommen nicht durch Zulagen, sondern durch Erwerb zu erhöhen. Keine Frage, wenn die Gesundheit oder das Alter keine Eigenversorgung zulässt, sind Unterstützungen angebracht.

Zur Änderung des Krankenkassengesetzes läuft bis zum 5. Juli 2019 eine Vernehmlassung, zu der jeder seine Meinung schriftlich beim Amt für Gesundheit einbringen kann. Der Schreibende und Agnes Dentsch werden eine Stellungnahme einreichen. Möchten Sie sich beteiligen, schreiben Sie eine E-Mail an Herbert.Elkuch@landtag.li oder agnes@dsl.li. Themen sind: Leistungen bei Mutterschaft, Versorgungsnetze, Krankengeld, Versicherungsvermittler, Massnahmen bei Zahlungsverzug und die Auszahlung der Prämienverbilligung direkt an die Kassen. Erfreulich ist, dass die bereit 2015 von mir eingereichte Gesetzesänderung zur Kostenbefreiung bei Mutterschaft nun endlich umgesetzt werden soll. • **Herbert Elkuch**

Kommentar von Thomas Rehak

Egal, ob AureliA oder AureliO: Transparenz ist das A und O…

Die rund 700 Stunden Medienberatung der Regierungsrätin Aurelia Frick haben sich, so wie es den Eindruck macht, gelohnt. Sie nutzte geschickt ihre Ansprache anlässlich des Frauenstreiks, um sich als Frauenopfer darzustellen, indem sie behauptete, dass dies nicht passiert wäre, wenn sie Aurelio heissen würde. Diese Behauptung war sehr dreist. Die Regierungsrätin missbrauchte damit das Momentum des Frauenstreiktags für ihre privaten Zwecke.

Die GPK wird stutzig

Die GPK ist ein Gremium des Landtags. Sie hat die Pflicht, die Jahresrechnung zu kontrollieren. Dazu gehört logischerweise auch, dass sie die entsprechenden Belege jeweils ohne Einschränkungen einsehen kann. Dies wollte die Regierungsrätin partout nicht einsehen und schwärzte 21 Positionen in den an den Rechnungen angehängten Stundenlisten. Dass man die GPK damit stutzig macht, dürfte jedem klar sein. Zudem hat die Finanzkontrolle das Ausgabenverhalten aller Regierungsmitglieder stichprobenartig untersucht. Dabei ist Regierungsrätin Aurelia Frick schon mit einigen Extravaganzen aufgefallen.

Spekulationen beseitigen

Damit die Bürger Vertrauen in die Regierung und deren Tätigkeit haben, ist vollste Transparenz eine zwingende Grundvoraussetzung. Die DpL-Abgeordneten werden daher eine vollständige Offenlegung der Unterlagen fordern. Nur damit können wilde Spekulationen und Halbwahrheiten aus der Welt geschafft werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, an welchen Ausgaben der Regierungsrätin sich die GPK gestossen hat. Die GPK selbst ist nur dazu da, dem Landtag transparent zu berichten. Sie hat keinerlei Entscheidungs- oder Weisungskompetenz in dieser Sache. Entscheidungen müssen allein im Landtag getroffen werden. Deshalb begrüsst die DpL die anberaumte Sonderlandtagssitzung, um die Sache zu einem Abschluss zu bringen. •

Wussten Sie?

… dass die **Liechtensteinische Landesbank** im Jahr 2018 lediglich zirka 8% Ertragssteuern bezahlt hat? Viele andere Betriebe im Land bezahlen mehr, nämlich den Normalsteuersatz von 12,5%.

… dass die **Tochtergesellschaft** der liechtensteinischen Landesbank, die Bank Linth AG, im Jahr 2018 bei einem ausgewiesenen Gewinn von zirka CHF 25 Mio. knapp CHF 6 Mio. Steuern (zirka 24% Ertragssteuer) und die Liechtensteinische Landesbank bei einem ausgewiesenen Gewinn von CHF 73 Mio. ebenfalls knapp CHF 6 Mio. Ertragssteuern (zirka 8% Ertragssteuern) bezahlt hat?

… dass das benachbarte Buchs der **Klima-Musterknabe** des Kantons St. Gallen ist (siehe Vaterland vom 7.6.2019)? Dies u.a. aus dem Grund, weil Buchs über eine Kehrichtsverbrennungsanlage (KVA) verfügt, deren Abwärme zur Speisung eines Fernwärmenetzes benutzt wird und für die Verbrennung von Abfall CO2-Boni ausgegeben werden.

… dass die Rangierung als Musterknabe u.a. dadurch zustande kommt, weil die Verbrennung von fossilen Brennstoffen (Kunststoffabfall etc.), die 48% des verbrannten Abfalls ausmachen, **schöngeredet** wird, obwohl die Kunststoffabfälle genauso wie Benzin oder Diesel ein fossiler Brennstoff sind und einen Brennwert zwischen 40% und 70% von Benzin oder Diesel haben?

… dass die Entsorgung von Metall im Hausmüll eine Reduktion der fossilen Netto-CO2-Emissionen bewirkt, weil dies politisch so gewollt ist? Zum Beispiel 1 kg Aluminium und 5 kg Plastik ergeben bei der Verbrennung eine (politische) Netto-CO2-Emission von null, weil die KVA für die Wiedergewinnung von 1 kg Aluminium eine **Gutschrift** erhält.

… dass diese «Klima-Rangliste» (siehe oben) absolut nichts mit der Realität zu tun hat, sondern nur mit **Politik** und dies leider nur wenige Zeitgenossen wissen?

… dass durch die Schlote der KVA Buchs pro Tag aus 535 t verbranntem Müll nicht nur 600 t CO2 und Wasserdampf, sondern möglicherweise auch noch Dioxine, Quecksilber etc. in die **Atmosphäre** gelangen? Daher müssen wir uns gegen eine Vergrösserung der KVA Buchs wehren. •

Jenseits der Normalspur

Wer schaut schon gerne einem geschenkten Gaul ins Maul? Niemand. Genau so wird im Land Politik betrieben. Zum Beispiel die Online-Umfrage des Vaterlands vom 13. Mai 2019: Sollte die S-Bahn auch auf das Oberland ausgeweitet werden, würden Sie dem Projekt FL.A.CH dann zustimmen? Ergebnis der nicht-repräsentativen Umfrage: 59,26% Ja, 36,56% Nein. Liebe Leser/innen, glaubt ihr wirklich, dass die Welt so einfach geworden ist? Abgesehen davon, dass wohl kaum ein Trassee für eine Normalspur-Eisenbahn in unserem dichtbesiedelten Land gefunden werden kann, wurde bei der Online-Umfrage über die Kosten kein Wort verloren, als ob irgendwo im Land ein Goldesel stünde, der am Laufmeter Goldstücke oder Geld scheissen würde.

Goldesel subventioniert Grenzgänger

Dabei wissen wir, dass bereits der von der Regierung subventionierte Stundentakt des blauen Feldkircher-Zügle pro Jahr CHF 250'000.- verschlingt. Auf die rund 300 Vorarlberger Grenzgänger bezogen, die den Zug für ihren Arbeitsweg benützen, heisst dies, dass der Liechtensteiner Steuerzahler den Arbeitsweg jedes einzelnen dieser 300 Grenzgänger mit CHF 800.– pro Jahr subventioniert.

Und wenn eine S-Bahn tatsächlich ins Oberland verlängert würde, dann müssten für die notwendigen Hunderte Millionen Investitionskosten wohl auf das eine oder andere verzichtet werden. Schliesslich verfügt die Regierung über keinen Goldesel, sondern kann nur den Steuern zahlenden Mittelstand melken! • **Erich Hasler**